

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzung: Donnerstag, 05.10.2023

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:24 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE - Ausschussvorsitzender anwesend

Mitglieder

Herr Gerrit Stühmeier - CDU - Stellvertretender Ausschussvorsitzender anwesend

Herr Frank Flake - SPD anwesend

Frau Sonja Lerche - SPD anwesend, Vertretung für: Herrn Frank Graffstedt

Frau Annette Schütze - SPD anwesend

Herr Michel Winckler - SPD anwesend

Herr Robert Glogowski - B90/GRÜNE anwesend

Frau Rabea Göring - B90/GRÜNE anwesend bis 16:20 Uhr

Frau Anke Kaphammel - CDU anwesend

Frau Antje Maul - CDU anwesend

Herr Udo Sommerfeld - Die FRAKTION. BS anwesend bis 17:05 Uhr, Vertretung für: Frau Michaline Saxel

weitere Mitglieder

Frau Bianca Braunschweig - BIBS anwesend

Frau Aniko Glogowski-Merten - FDP anwesend

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten anwesend

Frau Anneke vom Hofe - AfD anwesend

sachkundige Bürger

Herr Wolfgang Jünke - stellvertretender Stadtheimatspfleger anwesend

Herr Prof. Dr. Gerd Biegel - Bürgermitglied CDU anwesend

Herr Dr. Volker Eckhardt - Bürgermitglied SPD anwesend

Herr Tobias Henkel - Bürgermitglied CDU anwesend

Frau Cornelia Winter - Bürgermitglied SPD anwesend

Gäste

Frau Prof. Dr. Ana Dimke - Präsidentin der Hochschule für Bildende Künste (HBK) Braunschweig	anwesend bis 17:05 Uhr (während des ÖT)
--	---

Verwaltung

Herr Dr. Peter Joch - RefL 0413	anwesend bis 17:10 Uhr
Herr Dr. Stefan Malorny - FBL 41	anwesend
Herr Dr. Ulf Hilger - AbtL 41.1	anwesend
Herr Daniel Keding - AbtL 41.2	anwesend
Frau Julia Pellegriti - AbtL 41.0 o.V.i.A., Tonprotokoll, Schriftprotokoll	anwesend
Frau Amelie Schultze - 41.0, Ausschussgeschäftsführung, Schriftprotokoll	anwesend

Abwesend

Mitglieder

Herr Frank Graffstedt - SPD	entschuldigt
Frau Michaline Saxel - Die FRAKTION. BS	entschuldigt

sachkundige Bürger

Frau Heike Blümel - Bürgermitglied B90/GRÜNE	entschuldigt
Herr Marcus Körber - Bürgermitglied B90/GRÜNE	entschuldigt
Herr Thorsten Wendt - Stadtheimatspfleger	abwesend

Verwaltung

Frau Prof. Dr. Anja Hesse - Dezernentin IV	entschuldigt
Frau Dr. Anette Haucap-Naß - RefL 0412	entschuldigt
Herr Dr. Henning Steinführer - RefL 0414	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.08.2023 | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Vorstellung von Frau Prof. Dr. Dimke, Präsidentin der Hochschule für Bildende Künste (HBK) Braunschweig (mündl. Mitteilung) | |
| 3.2 | Bekanntgabe der Siegerin/ des Siegers des Wilhelm Raabe-Literaturpreises 2023 (mündl. Mitteilung) | |
| 3.3 | Sachstand zu Kita- und Grundschulangeboten der Städtischen Musikschule | 23-22149 |
| 3.4 | Förderung der Planungen für das "Zentrum der Musik für Alle" durch das Bundesprogramm "KulturInvest 2023" | 23-22189 |
| 4 | Anträge | |

4.1	Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft / Aufnahme in die TO der Sitzung am 05.10.2023	23-22155
4.1.1	Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft / Aufnahme in die TO der Sitzung am 05.10.2023	23-22155-01
5	Verlängerung des Grabnutzungsrechts der Grabstätte von Otto Bennemann auf dem Städtischen Urnenfriedhof Abt./Nr. 33/33	23-22098
6	Anfragen	
6.1	Globale Minderausgabe - Kürzung im Bereich kulturelle Veranstaltungen der sonstigen Kulturpflege	23-22128
6.1.1	Globale Minderausgabe - Kürzung im Bereich kulturelle Veranstaltungen der sonstigen Kulturpflege	23-22128-01
6.2	Globale Minderausgabe - Kürzung der Personalmittel für die Abteilung Städtisches Museum	23-22133
6.2.1	Globale Minderausgabe - Kürzung der Personalmittel für die Abteilung Städtisches Museum	23-22133-01
6.3	Provenienzforschung bei Sachspenden	23-22158
6.3.1	Provenienzforschung bei Sachspenden	23-22158-01
6.4	Individuelle, barrierefreie und kostengünstige Bücherschränke für Braunschweig?	23-22165
6.4.1	Individuelle, barrierefreie und kostengünstige Bücherschränke für Braunschweig?	23-22165-01
6.5	Skulpturenweg Westpark	23-21944
6.5.1	Skulpturenweg Westpark	23-21944-01
6.6	Aktueller Sachstand des "Kulturrates" Braunschweig	23-22084
6.6.1	Aktueller Sachstand des "Kulturrates" Braunschweig	23-22084-01
6.7	Künstlerische Illuminationen für Braunschweiger Bahnunterführungen	23-22106
6.7.1	Künstlerische Illuminationen für Braunschweiger Bahnunterführungen	23-22106-01
6.8	Nutzung des Depot-Löwen: Ein Löwe reist um die Welt?	23-22107
6.8.1	Nutzung des Depot-Löwen: Ein Löwe reist um die Welt?	23-22107-01

Nichtöffentlicher Teil:

- | | |
|---|---|
| 7 | Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung |
| 8 | Mitteilungen |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Böttcher eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest.

Ausschussvorsitzender Böttcher stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung (GO) auf Umstellung der Tagesordnung (TO); die Tagesordnungspunkte (TOP) 6.1., 6.1.1., 6.2. und 6.2.1. sollen vorgezogen und im Anschluss an TOP 4.1. und 4.1.1. behandelt werden. Der Ausschuss stimmt dem zu.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.08.2023

Es liegen keine Wortbeiträge vor. Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 2

3. Mitteilungen

3.1. Vorstellung von Frau Prof. Dr. Dimke, Präsidentin der Hochschule für Bildende Künste (HBK) Braunschweig (mündl. Mitteilung)

Ausschussvorsitzender Böttcher erteilt Frau Prof. Dr. Dimke, Präsidentin der Hochschule für Bildende Künste (HBK) Braunschweig, das Wort.

Frau Prof. Dr. Dimke stellt die Struktur und Ziele der HBK vor.

Zurzeit umfasse die HBK sechs Institute: Institut FREIE KUNST; Institut Performative Praxis, Kunst und Bildung; Institut Visuelle Kommunikation; Institut für Designforschung; Institut für Kunstwissenschaft und Institut für Medienwissenschaften. Es handle sich um eine besondere Zusammenstellung von Instituten, mit denen alle relevanten Themenfelder abgedeckt würden. Die Studierendenzahlen an der HBK gingen, anders als an anderen Hochschulen und Universitäten, nicht zurück, sondern stiegen leicht an.

Man habe den Bereich Kunst komplett neu aufgestellt und hierzu fünf neue Professorinnen und Professoren berufen. Die Kunst- und Medienwissenschaften sowie das pädagogische Element, also die Ausbildung von Lehrkräften, seien besonders stark vertreten. Man arbeite an der Sparte der Sonderpädagogik sowie an einem weiteren Bereich „Design“; für letzteren sei eine Kommission einberufen worden und es sei in zwei bis drei Jahren voraussichtlich mit einem Ergebnis zu rechnen. Die HBK sei bekannt für ihre sehr gute Ausstattung; so werde in der kommenden Woche ein neuer Atelierbau begonnen.

Die HBK solle auf die Region ausstrahlen; man wolle mit dem eigenen Wirken in die Gesellschaft hineinreichen. Ziel sei es, integrativ und innovationsstiftend zu wirken. Ein Element davon sei die besondere Teilhabe der Studierenden. So werde beispielsweise am 21. Oktober 2023 erneut die Ausstellung der Meisterschülerinnen und Meisterschüler der HBK in 2023 im Kunstverein Braunschweig ausgestellt. Ein weiteres Beispiel seien die zuletzt 40 professionellen Führungen (Rundgänge) in der HBK, die unter der Teilnahme von ca. 400 Mitarbeitenden durchgeführt worden seien. Daneben sei das Filmfest Braunschweig, das 1987 von Studierenden der HBK gegründet worden sei, eine kulturelle Instanz in Braunschweig.

Großes Ziel der HBK sei die Ausstrahlung auf die Region und das Hineinreichen in die Gesellschaft. So wolle man sich zukünftig auch mit der Klimakrise beschäftigen. Eine Idee der Studierenden sei, eine Klimaschutzkommission aus dem Senat heraus zu bilden. In diesem Kontext sei eine öffentliche Veranstaltung geplant. Auch sei der Bau von Photovoltaik-Anlagen auf den Gebäudedächern der HBK geplant.

Ausschussvorsitzender Böttcher bedankt sich bei Frau Prof. Dr. Dimke für den Vortrag eröffnet die Möglichkeit für das Plenum, Nachfragen zu stellen.

Herr Dr. Eckhardt (Bürgermitglied) fragt, ob die HBK noch Kontakte zur Industrie pflege, beispielsweise aus dem Designbereich heraus.

Frau Prof. Dr. Dimke bestätigt dies. Es sei eine wichtige Aufgabe der Kommission des neu auszubauenden Bereiches „Design“, die Industrie in dieser Neugestaltung mitzudenken.

Ratsfrau Glogowski-Merten bekundet ihre Zufriedenheit darüber, dass der Klimaschutz zukünftig als Thema an der HBK behandelt werde, und dass auch andere zukunftsbezogene Themen wie beispielsweise die Künstliche Intelligenz (KI) Teil des Spektrums seien. Sie fragt, wie solche Themen zukünftig fortgeführt würden und wann mit dem Abschluss des erwähnten Atelierbaus zu rechnen sei.

Frau Prof. Dr. Dimke antwortet, das Thema KI werde bereits von den Studierenden und den Professorinnen und Professoren in der Ausbildung mit bedacht. Wichtiges Ziel sei es, die Verwaltung der HBK zu digitalisieren und den Einzug in die Wissenschaften voranzutreiben. Sie antwortet weiter, der Abschluss des Atelierbaus sei derzeit für das Jahr 2025 vorgesehen; es sei aber unklar, ob diese Datum eingehalten werden könne.

Ratsfrau Göring fragt, was genau für die Entwicklung der Sparte der Sonderpädagogik geplant sei.

Frau Prof. Dr. Dimke erläutert, die Sparte befände sich noch in der Entwicklungsphase. Ziel sei es, dass Studierende der Sonderpädagogik den künstlerischen Abschnitt des Studiums in Braunschweig absolvieren können. Der Prozess dazu sei bereits angestoßen worden. Das Studium der Sonderpädagogik könne dann grundsätzlich an der Leibniz Universität Hannover absolviert, die Kunstmodule hingegen an der HBK abgeschlossen werden, die die Universität Hannover nicht anbiete.

Ratsherr Glogowski äußert seine Freude darüber, was Frau Prof. Dr. Dimke in ihrer Zeit als Präsidentin der HBK bereits erreicht habe. Die HBK sei essentieller Teil der Stadt Braunschweig. Im fehle jedoch ein engerer Kontakt der HBK zur Stadtverwaltung. Er fragt, wie man eine effektivere Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und der HBK organisieren könne und ob beispielsweise eine innovationsstiftende, angepasste Wirtschaftsförderung angemessen sei. Er fragt weiter, ob es Möglichkeiten der Kooperationen im Rahmen des Hansetages gebe.

Frau Prof. Dr. Dimke bejaht, es brauche ein Miteinander, beispielsweise in Form von regelmäßigen Treffen, die einen kontinuierlichen Dialog ermöglichen. Die HBK sei vor allem eine Hochschule und Bildungseinrichtung. Es liege daher nicht in ihrer Verantwortung, diesen Prozess zu steuern.

Ratsfrau Schütze kritisiert, es gebe zu wenig Galerien für die Vermarktung und den Verkauf von Kunst in Braunschweig. Sie fragt, ob dies von Frau Prof. Dr. Dimke auch als problematisch eingeschätzt werde und ob sich damit begründen ließe, dass die Absolventinnen und Absolventen der HBK nach dem Studium die Stadt verließen.

Frau Prof. Dr. Dimke antwortet, die Kunstszene bestünde nicht nur aus der Produktion von Kunstgegenständen. Studierende, die nach ihrem Abschluss in Braunschweig bleiben wollten, bräuchten vor allem eine Infrastruktur, also Ausstellungsräume und Ateliers, in denen sie nach dem Studium wirken könnten. Wünschenswert seien Synergien zwischen Kunst und Handwerk bzw. Handwerksbetrieben zum Zwecke der Schaffung einer solchen Infrastruktur. Die HBK könne dies nicht allein leisten. Die geplante Sparte des „Design“ der HBK könne neue Arbeitsplätze für Studierende bzw. Absolventinnen und Absolventen in Braunschweig schaffen.

Ausschussvorsitzender Böttcher regt an, der AfKW könne beizeiten einmal in der HBK tagen, um diese als Institution besser kennenzulernen. Frau Prof. Dr. Dimke stimmt dem zu.

3.2. Bekanntgabe der Siegerin/ des Siegers des Wilhelm Raabe-Literaturpreises 2023 (mündl. Mitteilung)

Die Mitteilung wird durch Herrn Dr. Hilger (AbtL 41.1) vorgestellt. Die Mitteilung wird durch den Ausschuss zur Kenntnis genommen.

3.3. Sachstand zu Kita- und Grundschulangeboten der Städtischen Musikschule 23-22149

Die Mitteilung wird durch Herrn Keding (AbtL 41.2) vorgestellt.

Ratsherr Stühmeier stellt eine Frage zum letzten Absatz der Mitteilung („Vor dem Hintergrund der zunehmend schwierigen Drittmittelakquise muss für die Zukunft geprüft werden, ob die Stammittel des FB 41 auskömmlich sind, um den Status Quo des Angebotes der Städtischen Musikschule Braunschweig zu halten. Erkennbar ist, dass ein Ausbau hierüber nicht zu bewerkstelligen sein wird“). Er fragt, welcher Betrag für die Städtische Musikschule notwendig sei, um das beschriebene Angebot zukünftig aufrechtzuerhalten, und wann damit zu rechnen sei, dass die Kosten die Finanzierungsmöglichkeiten überstiegen.

Herr Keding antwortet, der benötigte Betrag hänge von der Nachfrage in den kommenden Jahren ab. Die neuen Tarifverträge verursachten höhere Personalkosten und die Drittmittelakquise sei erschwert. Die Drittmittelakquise für die Schuljahre 2024 und 2025 würde derzeit vorbereitet. Er gehe davon aus, dass das darauffolgende Schuljahre das Zwei- bis Dreifache der Kosten für 2024/25 verursachen könnten. Zudem leide der Ausbau zur Ganztagschule darunter, dass der Stellenplan derzeit bereits voll ausgeschöpft sei, sowie unter dem Fachkräftemangel.

Ratsfrau Schütze fragt, inwiefern der Grundbetrag, den die Schülerinnen und Schüler zahlten, nicht auskömmlich sei und ob zur Finanzierung tatsächlich Drittmittel akquiriert werden müssten. Sie möchte weiter wissen, ob auch eine Reduzierung der Eigenmittel auch mit einer Reduzierung der Fördermittel des Landes Niedersachsen einhergehe und welche weiteren Lehrangebote es im musischen Bereich abseits der Kindertagesstätten (Kitas) und Grundschulen in der Stadt gebe.

Herr Keding erklärt, es werde nur noch ein Betrag von 5 € pro Unterrichtsstunde in der Grundschule verlangt; andere Gebühren, z.B. an den Kitas, würden durch die Städtische Musikschule nicht erhoben. Der Stellenplan der Musikschule sei, entsprechend der Maßgabe des Fachbereichs Finanzen (FB 20), so gestaltet, dass nur kostendeckend gewirtschaftet werde. Als weitere Institution mit musischen Lehrangeboten in Braunschweig sei ihm nur die Musische Akademie des Christlichen Jugenddorferwerks Deutschland e.V. in Braunschweig (CJD Braunschweig) bekannt.

Herr Dr. Eckhardt (Bürgermitglied) möchte wissen, wie es sich um die Struktur der Förderung durch Drittmittel verhält und auf welchen Betrag sich diese belaufen.

Herr Keding antwortet, die Drittmittel belaufen sich auf ca. 30.000 bis 40.000 € jährlich. Der größte Teilbetrag an Drittmitteln werde durch VW Financial Services mit einem jährlichen Betrag von ca. 25.000 € jährlich geleistet. Ein weiterer Förderer sei, neben anderen, der Rotary Club Braunschweig. Die fördernden Institutionen fluktuieren jedoch stark, was die Drittmittelförderung unbeständig mache.

Ratsfrau Kaphammel fragt, ob sich die in der Mitteilung genannte Zahl von rund 130 Kindern, die wöchentlich durch das KiTa- und Grundschulangebot der Städtischen Musikschule erreicht werden, auf alle oder jede einzelne der fünf genannten Einrichtungen beziehe.

Herr Keding antwortet, die Zahl der 130 Kinder beziehe sich auf die gesamten Einrichtungen, und merkt an, dass sich die Gruppen bzw. Klassen in ihrer Größe unterscheiden.

Die Mitteilung wird durch den Ausschuss zur Kenntnis genommen.

3.4. Förderung der Planungen für das "Zentrum der Musik für Alle" durch das Bundesprogramm "KulturInvest 2023" 23-22189

Die Mitteilung ist dem Ausschuss im Vorfeld zugegangen und wurde zur Kenntnis genommen. Auf eine Vorstellung durch die Verwaltung wird verzichtet.

4. Anträge

4.1. Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft / Aufnahme in die TO der Sitzung am 05.10.2023 **23-22155**

Der Antrag auf Aufnahme in die TO lautet wie folgt:

„Die Verwaltung wird gebeten, gemäß § 49 (2) der Geschäftsordnung vom 16. November 2021 (für den Rat, den VA, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt BS) in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft am 5. Oktober 2023 den Punkt „Globale Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023“ aufzunehmen. Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes wird die Verwaltung gebeten, die Umsetzung der globalen Minderausgabe in Höhe von aktuell 16.509.868 Euro im Haushaltsjahr 2023 (siehe Mitteilung 23-22033 vom 01.09.2023) für den Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft näher zu erläutern.

Diese Erläuterung sollte insbesondere folgende Fragen beantworten:

1. Wie kommen die jeweiligen Minderaufwendungen oder Mehrerträge der einzelnen Sparmaßnahmen zustande?
2. Welche Auswirkungen auf die Arbeit der Fachverwaltung haben die geplanten Einsparungen, insbesondere die beim Personalaufwand?
3. Werden durch die geplanten Einsparungen wichtige Aufgaben und Projekte, die vom Rat politisch beschlossen wurden, behindert oder verzögert?“

Ratsfrau Kaphammel kritisiert, dass der Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN lange nach dem Beschluss des Rates zum Doppelhaushalt 2023/24 im vergangenen März erfolgt sei. Ratsherr Böttcher entgegnet, erst in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) seien die entsprechenden Fragen aufgeworfen worden, die den Antrag der Grünen begründeten.

Ausschussvorsitzender Böttcher bemerkt, dass kein Antragsbeschluss notwendig sei.

4.1.1. Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft / Aufnahme in die TO der Sitzung am 05.10.2023 **23-22155-01**

Die Stellungnahme ist dem Ausschuss im Vorfeld zugegangen und wurde zur Kenntnis genommen. Auf ein Verlesen durch die Verwaltung wird verzichtet.

6.1. Globale Minderausgabe - Kürzung im Bereich kulturelle Veranstaltungen der sonstigen Kulturpflege **23-22128**

Auf eine Vorstellung der Anfrage wird durch den Anfragersteller verzichtet.

6.1.1. Globale Minderausgabe - Kürzung im Bereich kulturelle Veranstaltungen der sonstigen Kulturpflege **23-22128-01**

Die Stellungnahme ist dem Ausschuss im Vorfeld zugegangen und wurde zur Kenntnis genommen. Auf ein Verlesen durch die Verwaltung wird verzichtet.

Ratsherr Sommerfeld kritisiert, die durch die Verwaltung vorgenommene Kürzung im Bereich der Tanzszene im Teilhaushalt des FB 41 sei durch den Ratsbeschluss „Haushalt 2023/2024 - Umsetzung der globalen Minderausgabe in Höhe von 16,0 Mio. € im Haushaltsjahr 2023“ (DS Nr. 23-22033) nicht legitimiert gewesen. Die Verwaltung hätte die Umsetzung (Kürzung) sofort gegenüber der Politik begründen müssen. Er verweist auf den Antrag „Tanzszene Braunschweig“ (DS Nr. 22-18435) und möchte wissen, wann die Verwaltung die Arbeit zur Umsetzung des Antrages aufgenommen hat.

Herr Dr. Malorny (FBL 41) verweist auf die Herausforderung der Parallelität von zusätzlichen Themenfeldern und neuen Projekten. Aufgrund der demgegenüber statischen Personalressourcen könnten nicht alle Projekte zeitgleich prioritär umgesetzt werden, auch wenn dies aus Sicht der Verwaltung im Interesse der Themen sicherlich wünschenswert wäre. Er verweist darauf, dass bereits die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Atelier- und Projekträumen der freien Kunstszene“ (Beschlussvorlage DS Nr. 23-21749) abschließend bearbeitet worden sei. Unmittelbar danach habe die Verwaltung die Arbeiten zur Richtlinie zur Förderung der Tanzszene aufgenommen.

Er verweist darauf, dass allein die Mitteleinstellung in den Haushalt nicht zu einer direkten Mittelverausgabung genüge. Neben der Etablierung einer Rechtsgrundlage in Form einer Richtlinie müssten auch die administrativen Prozesse der Antragsbearbeitung und Verbescheidung nachgezogen und organisiert werden. Auch dies müsse durch die ohnehin bereits vollständig ausgelasteten Sachbearbeitungen der Kulturförderung zusätzlich abgefangen werden.

Er fährt fort, dass das Besondere an dem Tanzförderprogramm der direkte Austausch mit verschiedenen Vertretern der hiesigen Tanzszene und dem Dachverband Freier Theaterschaffender Braunschweig e.V. sei. Dieser Austausch, der den kommunikativen Zielsetzungen des Kulturentwicklungsprozesses (KultEP) entspreche, koste zusätzliche Zeit. Zudem sei dabei deutlich geworden, dass eine Förderung der Infrastruktur nur einen Teil der Bedürfnisse der Tanzszene abdecke und auch eine Unterstützung für Auftrittsmöglichkeiten und die IT-Infrastruktur von dort gewünscht werde. Diese zusätzlichen Bedarfe müssten mit dem Tanzkonzept abgeglichen werden und eine Strategie zum Umgang damit entwickelt werden.

Ratsherr Glogowski bemängelt, die Tanzszene sei nun das erste Opfer, dass zum Zwecke des geplanten „Zentrums für Musik“ gebracht werde. Die Politik und die Verwaltung müssten sich zukünftig genau überlegen, welche Projekte angestrebt würden, um diesen Effekt zu vermeiden.

Herr Dr. Malorny erklärt dazu, dass alle Themenfelder von der Verwaltung so sach- und ressourcengerecht wie möglich erfüllt würden. Die jüngsten großen, Projekte, u.a. zur Verbesserung der kulturellen Infrastruktur der Stadt, stellten neben den bestehenden kulturellen Themen, wie der Umsetzung des KultEP und den Standardaufgaben wie u.a. der Kulturförderung, zweifelsohne eine große Herausforderung dar. Dabei verweist er auf seine anfänglichen Hinweise auf die gerade im klassischen Verwaltungsbereich personell nur sehr eng ausgestattete Kulturverwaltung.

Ratsherr Glogowski erwidert, er habe sich mit seiner Kritik nicht an die Verwaltung, sondern an die Politik wenden wollen.

Ratsherr Flake kommentiert, bereits in der letzten Ausschusssitzung sei klar gewesen, dass die Richtlinie zur Förderung der Tanzszene noch nicht vorliege. Herr Dr. Malorny habe bereits versichert, dass die Tanzszene keinen Schaden nehmen werde. Die Politik befände sich nun einmal immer in dem Spannungsbogen, dass ein Kompromiss gefunden werden müsse zwischen avisierten Projekten und den begrenzten finanziellen Ressourcen, die hierfür vorlägen.

Herr Dr. Malorny bestätigt die von der Verwaltung für die Tanzszene vorgenommenen Sicherungsmaßnahmen: Die TANZKOOP habe Kooperationsmittel des FB 41 erhalten und habe daher keinen Schaden genommen. Zudem seien nach der Freigabe des Haushalts maximal drei bis vier Monate eines möglichen Förderzeitraumes im laufenden Jahr 2023 nicht verausgabungsfähig gewesen. Rückwirkend habe in 2023 ohnehin keine Förderung stattfinden können.

Ratsherr Sommerfeld hinterfragt das Tempo der Arbeitsprozesse in der Verwaltung. Die Mittel zur Erarbeitung eines Förderprogrammes für die Tanzszene seien bereits im März dieses Jahres durch den Beschluss zum Doppelhaushalt 2023/24 im Rat bewilligt worden. Er möchte wissen, wann mit einer abschließenden Umsetzung des Vorhabens zu rechnen sei.

Herr Dr. Malorny verweist auf seine bisherigen Ausführungen und ergänzt, es bedürfe einer Rechtsgrundlage, da das Antragswesen betroffen sei. Es seien Überschneidungen mit der Kulturförderung gegeben und es bedürfe einer verwaltungskonformen und rechtssicheren Ausarbeitung. Hierfür stünden allerdings nur die beiden Mitarbeitenden der klassischen

Kulturförderung zur Verfügung, die ihre laufenden Geschäfte nur bedingt einschränken könnten, um neue Fördergrundlagen zu schaffen. Ansonsten drohe Schaden im Bereich der klassischen Kulturförderung. Die Verwaltung habe zunächst die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Atelier- und Projekträumen der freien Kunstszene“ (Beschlussvorlage DS Nr. 23-21749) ins Werk gesetzt. Danach seien die beschriebenen Arbeiten zur Richtlinie Tanzförderung vorangetrieben worden.

Er gibt zudem zu bedenken, dass eine möglichst fehlerfreie Etablierung neuer Förderungen und die fehlerfreie Bearbeitung bestehender Förderungen zwingend sicherzustellen sei. Zuvorderst müssten Maßgaben des Landesrechnungshofes beachtet werden, die strenge Maßstäbe an die Kulturförderung der Kommunen anlegten.

Ratsfrau Schütze stimmt dem zu. Es ginge hierbei schließlich um das Verausgaben von Geldern der Bürgerinnen und Bürger, und somit müsse Rechtssicherheit gewährleistet sein. Letztendlich sei das Ergebnis im Sinne einer erfolgreichen Unterstützung der Tanzszene entscheidend.

6.2. Globale Minderausgabe - Kürzung der Personalmittel für die Abteilung Städtisches Museum **23-22133**

Auf eine Vorstellung der Anfrage wird durch den Anfragersteller verzichtet.

6.2.1. Globale Minderausgabe - Kürzung der Personalmittel für die Abteilung Städtisches Museum **23-22133-01**

Die Stellungnahme ist dem Ausschuss im Vorfeld zugegangen und wurde zur Kenntnis genommen. Auf ein Verlesen durch die Verwaltung wird verzichtet.

Ratsherr Sommerfeld fragt nach, wann die Umsetzung der globalen Minderausgabe innerhalb der Verwaltung abgefragt worden sei. Er möchte wissen, warum die Kulturverwaltung bereits zu diesem Zeitpunkt für das Städtische Museum von Einsparungen durch Personalvakanten im laufenden Jahr ausgehe. Er hinterfragt, inwiefern von Vakanten im laufenden Jahr gesprochen werden können, wenn mit der Besetzung der Stellen zu rechnen sei.

Herr Dr. Joch (RefL 0413) antwortet, die Abfrage sei im vergangenen Juli erfolgt. Bei den angeführten Einsparungen durch Vakanten handele es sich um drei Stellen, die lange Zeit unbesetzt gewesen seien. Diese finanziellen Mittel seien eingespart worden. Die besagten Stellen würden jedoch nachbesetzt.

Ratsherr Flake kommentiert, die grundsätzliche Notwendigkeit der späteren Umsetzung der globalen Minderausgabe begründe sich in der Erfahrung mit dem letzten Haushalt, in dem es eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Planung und den verfügbaren Finanzmitteln und damit eine starke „Überplanung“ gegeben habe. Die Frage von Ratsherr Sommerfeld sei grundsätzlich schon durch eine Mitteilung des FB 20 im FPDA geklärt worden. Es sei demnach legitim, Minderausgaben mit Vakanten zu begründen. Da der Doppelhaushalt 2023/24 erst im vergangenen September in Kraft getreten sei, sei es unmöglich, die Kosten für darin bewilligte Stellen bereits vorher zu verausgaben.

Ratsfrau Schütze pflichtet Ratsherrn Flake bei, der Sachverhalt der Umsetzung der Globalen Minderausgabe sei grundsätzlich durch den entsprechenden Ratsbeschluss besiegelt. Die wesentlichen Fragen seien zudem schon in den Haushaltsberatungen dieses Jahres geklärt worden.

5. Verlängerung des Grabnutzungsrechts der Grabstätte von Otto Bennemann auf dem Städtischen Urnenfriedhof Abt./Nr. 33/33 **23-22098**

Auf eine Vorstellung der Beschlussvorlage durch die Verwaltung wird verzichtet.

Ratsherr Sommerfeld kündigt an, für DIE FRAKTION.BS dem Vorhaben zuzustimmen. Er kommentiert das Schaffen Otto Bennemanns. Dabei bemängelt er, dass die Beschlussvorlage nicht den kritischen Aspekt erwähne, dass Bennemann ausgerechnet an einem ehemaligen Braunschweiger Konzentrationslager (KZ) in der Schillstraße zum Volkstrauertag das Gedenken an Angehörige der Deutschen Wehrmacht und Kranzniederlegungen gestattet habe.

Ratsherr Flake kommentiert, die Bemerkung von Ratsherr Sommerfeld sei überflüssig. Es gehe bei der Beschlussvorlage lediglich um die Verlängerung des Grabnutzungsrechtes und damit um einen üblichen Vorgang. Eine Grundsatzentscheidung über Otto Bennemann und seine Ehrenbürgerschaft sei an dieser Stelle nicht gefragt. Die SPD-Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Ratsherr Knurr stimmt der Kritik durch Ratsherrn Sommerfeld zu. Er regt an, langfristig das Konzept der Ehrengräber zu überdenken und sie durch weltliche Denkmäler zu ersetzen.

Beschluss:

Der Verlängerung des Ehrengrabstatus für die Grabstätte von Ehrenbürger Otto Bennemann auf dem Städtischen Urnenfriedhof 33/33 wird bis zum Jahr 2043 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 0

6. Anfragen

6.3. Provenienzforschung bei Sachspenden 23-22158

Auf eine Vorstellung der Anfrage wird durch den Anfragersteller verzichtet.

6.3.1. Provenienzforschung bei Sachspenden 23-22158-01

Die Stellungnahme ist dem Ausschuss im Vorfeld zugegangen und wurde zur Kenntnis genommen. Auf ein Verlesen durch die Verwaltung wird verzichtet.

Ratsfrau Braunschweig fragt nach, ob sie in der Stellungnahme richtig verstanden habe, dass es keine Quittungen (Belege) über den Kauf der turkmenischen Schmuckobjekte gebe.

Herr Dr. Joch (RefL 0413) antwortet, Herr Lies habe die Schmuckobjekte direkt erstanden. Dem sei keine längere Provenienzgeschichte vorausgegangen. Die Gemeinschaft der Turkmenen sei klein. Man habe die Stücke nahe am Silberpreis gehandelt, sodass man wahrscheinlich von angemessenen (fairen) Preisen ausgehen könne. Die Darstellung in der Stellungnahme sei demnach widerspruchsfrei.

6.4. Individuelle, barrierefreie und kostengünstige Bücherschränke für Braunschweig? 23-22165

Ratsfrau Braunschweig stellt die Anfrage vor.

6.4.1. Individuelle, barrierefreie und kostengünstige Bücherschränke für Braunschweig? 23-22165-01

Herr Dr. Hilger (AbtL 41.1) verliest die Stellungnahme.

Ratsfrau Braunschweig fragt nach, inwiefern die städtischen Bücherschränke tatsächlich eine Barrierefreiheit gewährleisten und bittet um die Nennung von Beispielen von Schränken mit dem in der Stellungnahme erwähnten, bodennahen Sockeln.

Frau Schultze (41.0) nennt als Beispiel für einen städtischen Bücherschrank mit bodennahen Sockel den kürzlich errichteten Bücherschrank auf dem Jenastieg im Stadtteil Heidberg. Bei diesem Schrank sei ein Betonsockel mit einer Höhe von nur zwei bis drei Zentimetern vorzufinden. Diese Mindesthöhe sei nötig, um das Eindringen von Wasser bei Wettereinflüssen wie Regen oder Schnee zumindest zu verringern. Die Entscheidung zur Nachbesserung der Barrierefreiheit durch betonnahe Sockel sei von der Verwaltung nach Gesprächen u.a. mit Vertreterinnen und Vertretern des Behindertenrates gefällt worden. Man habe damit die hohen Betonfundamente der 1. Tranche der Bücherschränke durch bodennahe Betonfundamente ersetzt, die in diesem Jahr in den errichteten Schränken der 2. Tranche verbaut worden und auch für die noch aufzustellenden Schränke der 3. Tranche geplant seien.

Ratsherr Flake fragt, wie viele Schränke der beauftragten 3. Tranche noch nicht durch Beschlüsse für Stadtbezirksräte zur Aufstellung reserviert seien.

Frau Schultze antwortet, die Verwaltung habe sich im 1. Quartal des Jahres darum bemüht, den Wünschen der Stadtbezirksräte mit einem beschleunigten Verfahren entgegen zu kommen. So sei die Ausschreibung zur Produktion mehrerer Schränke zeitnahe nach der Äußerung entsprechender Wünsche in den Stadtbezirksräten angestoßen worden; letztendlich seien fünf Schränke ausgeschrieben und beauftragt worden. Inzwischen sei die Produktion der Schränke durch die beauftragte Firma abgeschlossen. Zwei der Stadtbezirksräte hätten inzwischen einen (teils aufgestockten) Finanzierungsbeschluss zur Aufstellung gefasst: der StBR 130 Mitte für einen Bücherschrank am Wollmarkt, der StBR 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode für einen Bücherschrank am Lindenbergplatz, und der StBR 120 Östliches Ringgebiet für einen Bücherschrank auf dem ab 2023 umzugestaltenden Andreeplatz. Die verbleibenden zwei Stadtbezirksräte hätten ihren Wunsch nach einer Aufstellung des Bücherschranks nicht weiterverfolgt. Damit stünden zwei bisher nicht vergebene Bücherschränke zur Verfügung, die zeitnahe aufgebaut werden könnten.

6.5. Skulpturenweg Westpark

23-21944

Auf eine Vorstellung der Anfrage wird durch den Anfragersteller verzichtet.

6.5.1. Skulpturenweg Westpark

23-21944-01

Die Stellungnahme ist dem Ausschuss im Vorfeld zugegangen und wurde zur Kenntnis genommen. Auf ein Verlesen durch die Verwaltung wird verzichtet.

Ratsherr Knurr fragt nach, wo die Verwaltung sich vorstelle, mit Hilfe weiterer Bildhauersymposien einen Skulpturenweg zu erschaffen, wenn nicht im Westpark.

Herr Dr. Malorny antwortet unter Bezugnahme auf seine vorherigen Ausführungen zu den knappen Personalressourcen im FB 41, dass derzeit keine Planungen der Verwaltung dazu bestünden.

6.6. Aktueller Sachstand des "Kulturrates" Braunschweig

23-22084

Ratsfrau vom Hofe kommentiert, die Beantwortung der zweiten und dritten Frage habe sich durch die inzwischen erfolgte Einladung des Ausschusses zur konstituierenden Vollversammlung des Kulturrates am 12. Oktober 2023 zur Beschließung der Geschäftsordnung (GO) erledigt.

6.6.1. Aktueller Sachstand des "Kulturrates" Braunschweig

23-22084-01

Herr Dr. Hilger (AbtL 41.1) verliest aus der Stellungnahme die Antwort auf die erste Frage der Anfrage.

Ratsherr Stühmeier kritisiert, die Tageszeit der geplanten Veranstaltung sei für ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker sowie Kulturschaffende unglücklich gewählt und fragt, ob auch die darauffolgenden Sitzungen ähnlich terminiert würden.

Ratsherr Glogowski schließt sich seiner Kritik an und bemerkt, es sei sehr schwierig für Berufstätige, an einer Veranstaltung am Vormittag teilzunehmen.

Herr Dr. Malorny (FBL 41) erwidert, der gewählte Uhrzeit sei ein Kompromiss gewesen. Hintergrund sei die aus Sicht der Verwaltung angezeigte Teilnahme des Netzwerks Kulturberatung und ihres Geschäftsführers Patrick Föhl gewesen, der die Erstellung der Geschäftsordnung federführend unterstützt habe. Die Verwaltung werde dem sich konstituierenden Kulturrat bzw. seinem Vorstand mitteilen, dass aus der Politik andere Zeitfenster für adäquater erachtet würden. Dies liege aber zukünftig nicht mehr in der Hand der Verwaltung, da sie nicht die Geschäftsführung des zukünftigen Kulturrates haben werde. Er bietet an, sollte der AfKW mehrheitlich signalisieren, dass der Termin 12. Oktober zeitlich inakzeptabel sei, dass die Veranstaltung verschoben werden könne und daher potenziell erst Anfang des neuen Jahres stattfinden würde, was zur Verzögerung der Etablierung des Kulturrates führen würde.

Ratsherr Glogowski bezeichnet die Veranstaltung als undemokratisch und als „closed shop“, dabei ginge es um das zukünftig wichtigste Gremium Kulturschaffender in Braunschweig. Er kritisiere, dass nur unzureichend zu der Veranstaltung eingeladen bzw. darauf aufmerksam gemacht worden sei. Er selbst kenne keine Werbung oder Kommunikation von Seiten der Stadt, die nicht bereits etablierte Kulturschaffende erreicht habe.

Herr Dr. Malorny widerspricht, man habe die Veranstaltung nicht auf einen Vormittag gelegt, um Kunstschaftende auszuschließen. Werbung und Marketing würden von der Verwaltung, im Sinne der bisher erfolgreich praktizierten „Geburtshilfe“, sachgerecht organisiert. Alle möglichen Verteiler des Kulturentwicklungsprozesses (KultEP) würden bedient. Zudem stelle die Verwaltung kostenfrei den Roten Saal zur Verfügung und begleite die Veranstaltung mit kostenfreien Snacks und Getränken. Daher könne er die Anmerkungen von Herrn Glogowski nicht nachvollziehen. Überdies werde die Verwaltung beispielsweise eine Anzeige zur Ankündigung der ersten Vorstandssitzung in der Braunschweiger Zeitung (BZ) schalten.

Herr Dr. Eckhardt (Bürgermitglied) fragt, wie viele Absagen aufgrund der Terminierung der Veranstaltung am Vormittag bei der Verwaltung eingegangen seien. Er kritisiert Ratsherrn Stühmeier und Ratsherrn Glogowski dafür, dass sie das weitfortgeschrittene Prozedere erst jetzt bemängelten.

Herr Dr. Malorny erwidert, ihm seien keine solchen Absagen bekannt.

Ratsherr Böttcher fragt, mit wie viele Teilnehmenden die Verwaltung rechne.

Herr Dr. Malorny antwortet, für die Veranstaltung sei der Rote Saal im Braunschweiger Schloss vorgesehen. Seiner Erfahrung nach sei selbst die günstigste Tageszeit kein Garant für viele Teilnehmende. Er betont, die konstituierende Sitzung des Kulturrates diene vor allem dazu, die Kulturszene zunehmend für diesen zu interessieren; er rechne im weiteren Verlauf mit einer steigenden Rezipientenzahl.

Ratsfrau Maul stimmt Ratsherrn Glogowski zu, dass eine zu geringe Teilnahme zu verhindern sei. Die CDU-Fraktion tendiere eher dazu, die Veranstaltung verschieben zu wollen.

Ratsherr Flake kommentiert, die Einladung zur Veranstaltung sei bereits am 15. September 2023 per E-Mail zugegangen. Eine Rückmeldung darüber, dass es sich um eine ungünstige Uhrzeit handele, hätte man schon früher an die Verwaltung geben können. Zudem sei für die konstituierende Sitzung lediglich ein Beschluss (der Beschluss der GO des Kulturrates) geplant. Erst danach folge die wesentlich wichtigere erste Vorstandssitzung.

Ratsfrau Glogowski-Merten stimmt Ratsherrn Glogowski und Ratsherrn Stühmeier zu. Entscheidend sei die Lebensrealität der Kulturschaffenden und diese stehe im Widerspruch zur gewählten Uhrzeit des Termins. Sie entgegnet Herrn Dr. Eckhardt, dass die Kritik aus der Politik keineswegs überraschend sei, sondern bereits in vorherigen Sitzungen des Ausschusses geäußert worden war. Sie fragt, was passiert, wenn die GO abgelehnt wird; ob dann auch die Gründung des Kulturrates hinfällig sei.

Herr Dr. Malorny erwidert, er gehe nicht davon aus, dass die GO abgelehnt werde. Bei dem Entwurf handele es sich nicht um einen reinen Vorschlag der Verwaltung, sondern Akteure der Kulturszene hätten daran mitgewirkt. Daher habe bereits eine grundsätzliche Verankerung in der Szene stattgefunden.

Ratsherr Stühmeier entgegnet auf Ratsherrn Flake, er wundere sich hingegen, warum für die Veranstaltung ganze drei Stunden eingeplant seien, wenn lediglich die GO beschlossen werden solle. Auch andere Termine im Vorfeld seien ungünstig gelegt worden. Er schlägt vor, neben der Pressemitteilung die Veranstaltung auch in den Sozialen Medien zu bewerben.

Ratsherr Glogowski entgegnet auf Ratsherrn Flake, die Braunschweiger Künstlerinnen und Künstler glaubten nicht mehr an die Stadt. Nun bewahrheite sich ihr Misstrauen, da drohe, dass die Verwaltung sich ihr eigenes Gremium gründe. Das sei kein respektvoller Umgang mit den Künstlerinnen und Künstlern. Er betont, der Kulturrat habe so keine Legitimation.

Ausschussvorsitzender Böttcher erinnert daran, dass pro Fraktion oder Gruppe nur eine Nachfrage gestattet sei. Er merkt an, dass er aufgrund des offensichtlichen Diskussionsbedarfes eine Ausnahme mache.

Herr Dr. Malorny entgegnet auf Ratsherrn Glogowski, der Verwaltung sei sehr an der Anerkennung des Kulturrates durch den Ausschuss gelegen. Sofern der Ausschuss nicht ausdrücklich eine Verschiebung wünsche, halte die Verwaltung an dem gesetzten Termin fest. Er verspricht, dass die Termine ausreichend beworben würden.

Ratsherr Böttcher bittet die Verwaltung darum, zukünftige Terminsetzungen zu reflektieren.

6.7. Künstlerische Illuminationen für Braunschweiger Bahnunterführungen

23-22106

Auf eine Vorstellung der Anfrage wird durch den Anfragersteller verzichtet.

6.7.1. Künstlerische Illuminationen für Braunschweiger Bahnunterführungen

23-22106-01

Die Stellungnahme ist dem Ausschuss im Vorfeld zugegangen und wurde zur Kenntnis genommen. Auf ein Verlesen durch die Verwaltung wird verzichtet.

6.8. Nutzung des Depot-Löwen: Ein Löwe reist um die Welt?

23-22107

Auf eine Vorstellung der Anfrage wird durch den Anfragersteller verzichtet.

6.8.1. Nutzung des Depot-Löwen: Ein Löwe reist um die Welt?

23-22107-01

Die Stellungnahme ist dem Ausschuss im Vorfeld zugegangen und wurde zur Kenntnis genommen. Auf ein Verlesen durch die Verwaltung wird verzichtet.

Mündliche Anfragen

Sachstand Umsetzung Ratsbeschluss „Festivalgelände“ (DS Nr. 22-18478):

Ratsherr Stühmeier zitiert den Ratsbeschluss „Festivalgelände“ (DS Nr. 22-18478) vom 24. Mai 2022: „Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb eines Jahres eine vergleichende Standortsuche für ein Festivalgelände in Braunschweig durchzuführen, um die Nachfrage nach Open-Air-Veranstaltungen soweit wie möglich aufzufangen. Die Flächen sollen sowohl für kleinere Veranstaltungen als auch für Großveranstaltungen nutzbar sein. Den Ratsgremien ist ein Beschlussvorschlag vorzulegen. Bis Ende 2022 legt die Verwaltung darüber hinaus einen Zwischenbericht mit einer groben Kostenschätzung für mögliche Standorte vor.“ Er fragt, wie der Sachstand bzw. der Zwischenbericht, der laut Beschluss bereits Ende des Jahres 2022 vorliegen sollte, laute. Er stellt weiter die Frage, wann mit der Prüfung der Umsetzung des Gesamtbeschlusses, die laut Beschlusstext bereits vor vier Monaten erfolgen sollte, zu rechnen sei, sofern noch der Zwischenbericht noch nicht vorliege.

Herr Dr. Malorny (FBL 41) antwortet, die Verwaltung arbeite intensiv an der Umsetzung des Beschlusses. Er bittet um Verständnis, vor einer Beantwortung den jüngsten Sachstand bei den fachlich betrauten Kolleginnen und Kollegen des Fachbereiches Stadtplanung und Geoinformation (FB 61) in Erfahrung bringen zu müssen.

Ratsherr Böttcher und Ratsherr Flake bitten um nachträgliche Mitteilung.

Protokollnotiz zur Beantwortung:

Es wird auf den Vortrag „Sachstand Studie ‚Festivalgelände‘“ des FB 61 in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau (APH) am 1. November 2023 verwiesen.

Ergebnisse der Onlineumfrage zum „Dritten Ort“ im „Zentrum für Musik“ durch die Agentur includi:

Ratsherr Stühmeier verweist auf die Informationsveranstaltung und Bürgerbeteiligung zum Konzept des „Dritten Ortes“ im „Zentrum für Musik“ am 29. September 2023 im Kulturpunkt West (KPW) und erinnert an die Vorstellung der Onlineumfrageergebnisse der beauftragten niederländischen Agentur includi. Er möchte wissen, wie viele Personen sich an der Umfrage beteiligt haben, worin die wesentlichen Ergebnisse der Umfrage bestehen und ob es möglich sei, dem Ausschuss Auszüge aus den Umfrageergebnissen zur Verfügung zu stellen.

Herr Dr. Malorny antwortet, laut includi hätten 227 Personen an der Umfrage teilgenommen. Die Umfrageergebnisse würden derzeit durch includi verarbeitet und seien Teil des Konzeptes, dass der Verwaltung Ende Oktober und den betroffenen politischen Gremien wie dem AfKW Anfang November dieses Jahres vorgelegt werde.

Nichtöffentlicher Teil:

7. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

Ausschussvorsitzender Böttcher eröffnet den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

8. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

9. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Ausschussvorsitzender Böttcher schließt die Sitzung.

gez. Böttcher
Vorsitz

gez. Dr. Malorny
Dez. IV o. V. i. A.

gez. Schultze
Schriftführung

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzung: Montag, 06.11.2023

Ort: Schloss, Roter Saal (3. OG), Schlossplatz 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 17:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE - Ausschussvorsitzender anwesend

Mitglieder

Herr Gerrit Stühmeier - CDU - Stellvertretender Ausschussvorsitzender anwesend

Herr Frank Flake - SPD anwesend

Herr Frank Graffstedt - SPD anwesend

Herr Ulrich Volkmann - SPD anwesend, Vertretung für: Frau Annette Schütze MdL (SPD)

Herr Michel Winckler - SPD anwesend

Herr Robert Glogowski - B90/GRÜNE anwesend

Frau Rabea Göring - B90/GRÜNE anwesend (bis 17:00 Uhr)

Frau Anke Kaphammel - CDU anwesend (bis 17:00 Uhr)

Herr Maximilian Pohler - CDU anwesend, Vertretung für: Frau Antje Maul (CDU)

Frau Michaline Saxel - Die FRAKTION. BS anwesend

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS anwesend, Vertretung für: Frau Braunschweig, Bianca (BIBS)

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten anwesend

Herr Stefan Wirtz - AfD anwesend, Vertretung für: Frau Anneke vom Hofe (AfD)

sachkundige Bürger

Herr Dr. Volker Eckhardt - Bürgermitglied SPD anwesend

Herr Tobias Henkel - Bürgermitglied CDU Anwesend (bis 17:43 Uhr)

Herr Marcus Körber - Bürgermitglied B90/GRÜNE anwesend

Frau Cornelia Winter - Bürgermitglied SPD anwesend

Gäste

Herr Dr. Oliver Scheytt - KULTUREXPERTEN Dr. Oliver Scheytt GmbH anwesend

Herr Aat Vos - includi	anwesend (digital zugeschaltet, ca. 15:00 bis 16:00 Uhr)
Frau Karin Allgeier - SPD - StBR 130	anwesend
Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE - Kulturbereiterin, AG Dritter Ort	anwesend
Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE - StBR 130	anwesend (bis 15:55 Uhr)
Frau Jutta Plinke - B90/GRÜNE - Bezirksbürgermeisterin StBR 130	anwesend (bis 17:33 Uhr)

Verwaltung

Frau Prof. Dr. Anja Hesse - Dezernentin IV	anwesend
Herr Stefan Hüneburg - Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	anwesend
Frau Natascha Wessling - Geschäftsführerin Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	anwesend
Herr Dr. Stefan Malorny - FBL 41	anwesend
Herr Dr. Ulf Hilger - AbtL 41.1	anwesend
Herr Daniel Keding - AbtL 41.2	anwesend
Frau Julia Pellegriti - AbtL 41.0 o.V. i.A., Schriftprotokoll	anwesend
Herr Jörg Ohse - 41.0, Tonprotokoll	anwesend
Frau Amelie Schultze - 41.0, Ausschussgeschäftsführung, Schriftprotokoll	anwesend (bis 15:50 Uhr)

Abwesend

Mitglieder

Frau Annette Schütze - SPD	entschuldigt
Frau Antje Maul - CDU	entschuldigt

weitere Mitglieder

Frau Bianca Braunschweig - BIBS	entschuldigt
Frau Aniko Glogowski-Merten - FDP	entschuldigt
Frau Anneke vom Hofe - AfD	entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Wolfgang Jünke - stellvertretender Stadtheimatspfleger	entschuldigt
Herr Thorsten Wendt - Stadtheimatspfleger	entschuldigt
Herr Prof. Dr. Gerd Biegel - Bürgermitglied CDU	entschuldigt
Frau Heike Blümel - Bürgermitglied B90/GRÜNE	entschuldigt

Verwaltung

Frau Dr. Anette Haucap-Naß - RefL 0412	entschuldigt
Herr Dr. Peter Joch - RefL 0413	entschuldigt
Herr Dr. Henning Steinführer - RefL 0414	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Mitteilungen
 - 2.1 Vorstellung des Konzepts des „Dritten Ortes“ für das *Zentrum für Musik* durch die Agentur includi (mündliche Mitteilung)

- 2.2 Vorstellung des künstlerischen Konzepts für das Konzerthaus im *Zentrum für Musik* durch die Agentur KULTUREXPerten/ Dr. Scheytt GmbH (mündliche Mitteilung)
- 2.3 Vorstellung des Raumkonzepts für das *Zentrum für Musik* durch die Projektsteuerung Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (mündliche Mitteilung)
- 3 Anträge
- 4 Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

- 5 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
- 6 Mitteilungen
- 7 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Böttcher eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsmäße Ladung fest.

Frau Prof. Dr. Hesse begrüßt ihrerseits die Anwesenden und leitet inhaltlich in die Thematik ein.

Ausschussvorsitzender Böttcher stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung (GO) auf Umstellung der Tagesordnung (TO). Der Tagesordnungspunkt (TOP) 2.2 soll vor den TOP 2.1 vorgezogen werden, um Herrn Vos von Includi die Präsentation zu einem späteren Zeitpunkt zu ermöglichen. Der Ausschuss stimmt dem zu.

Ausschussvorsitzender Böttcher schlägt vor, dass dem anwesenden Stadtbezirksrat 130 Mitte (StBR 130) und den Zuhörerinnen und Zuhörern im Plenum soll das gleiche Rederecht zwecks Nachfragen zu den mündlichen Mitteilungen der Verwaltung bzw. Vorträgen der beauftragten Agenturen eingeräumt werden wie den Ausschussmitgliedern. Der Ausschuss stimmt dem zu.

2. Mitteilungen

Protokollnotiz:

In Ableitung des Wortlauts aus dem politischen Grundsatzbeschluss DS Nr. 23-20743-05 wurde zunächst der Arbeitstitel *Zentrum für Musik* verwendet. Im Rahmen der weiteren Planungen wurde die Bezeichnung *Zentrum für Musik* zu *Haus der Musik* angepasst. Da dies zum Zeitpunkt der Ladung für den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (AfKW) noch nicht final feststand, wird im Folgenden gem. der Ladung zum Ausschuss der Begriff *Zentrum für Musik* verwendet.

2.2. Vorstellung des künstlerischen Konzepts für das Konzerthaus im *Zentrum für Musik* durch die Agentur KULTUREXPerten/ Dr. Scheytt GmbH (mündliche Mitteilung)

Herr Dr. Scheytt (Geschäftsführer von KULTUREXPerten Dr. Scheytt GmbH) stellt das von der Verwaltung beauftragte und durch die Agentur KULTUREXPerten Dr. Scheytt GmbH

erarbeitete künstlerische Konzept bzw. Betreiberkonzept für das Konzerthaus im *Zentrum für Musik* vor. Die Präsentationsfolien sind dem Protokoll angehängt.

Frau Prof. Dr. Hesse erläutert anschließend, dass der Grundsatzbeschluss 23-20743-05 im Rat am 21.03.23 keinen endgültigen Beschluss zum Bau des geplanten Neubaus der Städtischen Musikschule und eines Konzerthauses darstellt, sondern die Verwaltung bisher nur ermächtigt, den Architektenwettbewerb anzustoßen und die entsprechenden Konzepte zur Vorbereitung zu beauftragen.

Ausschussvorsitzender Böttcher stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung (GO) auf Umstellung der Tagesordnung (TO). Er schlägt vor, den Nachfragenteil zum Vortrag von Herrn Dr. Scheytt nach hinten zu verschieben, um Herrn Vos nun die Möglichkeit zur Präsentation zu eröffnen. Der Ausschuss stimmt dem zu.

2.1. Vorstellung des Konzepts des „Dritten Ortes“ für das *Zentrum für Musik* durch die Agentur includi (mündliche Mitteilung)

Herr Vos (Creative Director, includi) stellt das von der Verwaltung beauftragte und von der niederländischen Agentur includi erarbeitete Konzept des „Dritten Ortes“ für das *Zentrum für Musik* vor.

Ausschussvorsitzender Böttcher eröffnet den Nachfragenteil zum Vortrag von includi.

Frau Dr. Flake merkt an, dass der letzte Teil des Vortrages zu abstrakt gewesen sei und fragt, ob includi aus dem erarbeiteten Konzept zum „Dritten Ort“ konkrete Schlüsse ziehen könne, die die Anforderungen an den geplanten Neubau und die entsprechenden Vorgaben für den Architektenwettbewerb betreffen.

Herr Vos bestätigt, Ziel und Aufgabe von includi sei es gewesen, mit dem Konzept zum „Dritten Ort“ der Stadtverwaltung Braunschweig ein Werkzeug für den Architektenwettbewerb an die Hand zu geben. Zum einen diene das Konzept dem „Briefing“ der Architektinnen und Architekten vor dem Wettbewerb, zum anderen der Bewertung der eingereichten Entwürfe.

Frau Prof. Dr. Hesse kommentiert, die Konzeptergebnisse von includi seien von der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) in das Raumkonzept übernommen worden. In dem Vortrag TOP 2.3 durch Frau Wessling (Geschäftsführung, SFB) zum Raumkonzept würden sich die Ergebnisse der verschiedenen Workshops, sowie die abschließenden Konzeptergebnisse von includi schließlich widerspiegeln.

Herr Dr. Eckhard (Bürgermitglied) fragt, inwiefern eine „customer experience“ oder „customer journey“ Teil des Konzeptes von includi sei.

Herr Vos antwortet, das Gebäude sei als „Werkstatt“ zu begreifen; die späteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien als „Schreiner“ zu verstehen, die die „Stühle“ für die Bürgerinnen und Bürger von Braunschweig herstellten. Er erläutert, wesentlich sei das Zusammenspiel aller Komponenten und die Kommunikation im Prozess. Includi wünsche sich, dass die Stadtverwaltung Braunschweig nicht nur ein Gebäude entwickle, sondern sich auf Nutzerinnen und Nutzer fokussiere.

Herr Dr. Plinke (StBR 130) merkt an, das geplante Gebäude befinde sich zwischen dem Hauptbahnhof und der Innenstadt Braunschweigs. Beides seien sehr belebte Areale. Er merkt an, dass es sicherlich auch ein potenzielles Publikum für den „Dritten Ort“ geben werde, dass nicht an Kultur interessiert sei, sondern ggf. lediglich nach Aufenthaltsqualität suche.

Frau Dr. Flake verweist auf die unterschiedlichen Qualitäten des „Dritten Ortes“, die im Vortrag von includi deutlich geworden seien, so beispielsweise Räume mit Mehrfachnutzungen. Sie betont, es brauche für einen „Dritten Ort“ „Kümmerinnen“ und „Kümmerer“, d.h. Menschen, die sich aktiv um den Betrieb des „Dritten Ortes“ kümmern. Ein entsprechender Personalansatz im Betreiberkonzept sei hierfür die Voraussetzung.

Herr Vos bestätigt ihre Einschätzung und verweist auf If a bird e.V., die an den Workshops von includi teilgenommen hatten und hier hilfreiche Beiträge geliefert haben. Er wünsche sich, dass diese Beiträge Eingang in das Betreiberkonzept fänden.

Ratsherr Stühmeier kündigt drei Fragen für die CDU-Fraktion zu der von includi im Vorfeld der Erstellung des Konzeptes durchgeführten Onlineumfrage unter Braunschweiger Bürgerinnen und Bürgern an. Er zitiert aus dem includi-Vortrag, es habe 650 „Views“, 400 begonnene Teilnahmen und 227 verwertbare Ergebnisse gegeben und bittet um genauere Erläuterung, inwiefern es sich hierbei um für das Konzept nutzbare Rückmeldungen gehandelt habe.

Herr Vos bestätigt, die Umfrage habe zu 227 verwertbaren Ergebnissen geführt.

Ratsherr Stühmeier bittet um Darlegung der wesentlichen Erkenntnisse der Umfrage. Er habe vernommen, die Nutzungspriorität in allen drei untersuchten Altersgruppen sei der Konzertsaal, gefolgt von Essen und Trinken sowie soziale Kontakte.

Herr Vos antwortet, wesentliche Erkenntnis aus der Umfrage sei, dass es sich um einen Ort handeln müsse, der sozialer Treffpunkt für die Menschen sei.

Ratsherr Stühmeier fragt weiter, inwiefern die Umfrage(ergebnisse) auch den Aspekt der Flächennutzung angrenzender Flächen von Viewegs Garten abbilde(ten).

Herr Vos antwortet, die Fragestellungen der Umfrage hätten den Aspekt der Nutzung umliegender Flächen in Viewegs Garten bzw. eine Einbeziehung der Flächen des Parks nicht vorgegeben.

Herr Jasper (Braunschweiger Zeitung) hinterfragt die Aussage im Konzept von includi, zwischen der Innenstadt und dem Hauptbahnhof bzw. dem geplanten Neubau in Viewegs Garten bräuchte man als Fußgängerin oder Fußgänger lediglich 15 Minuten.

Herr Vos antwortet, die Aussage über die 15 Minuten sei Google entnommen; die Anwendung des Maßes von 15 Minuten stamme aus einer anderen Studie. Man habe den geplanten Neubau als Mittelpunkt festgelegt und überprüft, was innerhalb von 15 Minuten erreichbar sei.

2.2. Vorstellung des künstlerischen Konzepts für das Konzerthaus im Zentrum für Musik durch die Agentur KULTUREXPerten/ Dr. Scheytt GmbH (mündliche Mitteilung)

Ausschussvorsitzender Böttcher eröffnet den Nachfragenteil zum Vortrag von Herrn Dr. Scheytt.

Ratsherr Stühmeier bezieht sich auf den im Vortrag genannten Ausblick und bittet um eine Erläuterung zur Kostenschätzung.

Herr Dr. Scheytt betont, dass es für Stadtverwaltung und Politik relevant sei, die verschiedenen Handlungsempfehlungen zusammenzuführen. Er erläutert, zunächst ginge es um den Architektenwettbewerb, später um die Stadtplanung, und erst dann um den Baubeschluss. Zum Zeitpunkt des Baubeschlusses seien in vielen vergleichbaren Projekten die Kosten seit der ersten Planung immens gestiegen; dies liege häufig an einer schlechten Planung. Eine im Detail deklarierte Planung, die alle Eventualitäten beachte, schütze vor potenziell explodierenden Kosten. Die Architektenentwürfe müssten im ersten Schritt auf ihre inhaltliche Tauglichkeit, im zweiten Schritt auf die entstehenden Baukosten geprüft werden.

Herr Dr. Eckhardt (Bürgermitglied) regt auf der Basis des Vortrages an, noch einmal zu überdenken, ob der Konzertsaal statt der geplanten 1.000 Plätze entsprechend der Empfehlungen der Wirtschaftlichkeit durch die KULTUREXPerten nicht doch 1.200 Plätze umfassen sollte. Er verweist auf die Möglichkeit, weitere Plätze durch Ränge hinzuzufügen.

Herr Dr. Scheytt bestätigt seine Einschätzung und verweist auf die Möglichkeit, die Architektinnen und Architekten im Wettbewerb Lösungen dazu erarbeiten zu lassen.

Herr Henkel bittet um Klärung, was die empfohlene Personen- bzw. Platzzahl für den großen Konzertsaal betrifft. Zunächst sei von 1.000, nun von 1.200 Personen bzw. Plätzen die Rede gewesen. Er bitte um eine Einschätzung, welcher Bedarf im Jahr 2023 gegeben sei. Er bittet weiter um eine Erläuterung des „Braunschweiger Profils“.

Herr Dr. Scheytt betont die Aussage des Vortrages, bei der Zahl von 1.200 Plätzen könne man von einem „breaking point“ sprechen, ab welchem hochrenommierte Künstlerinnen und Künstler in das Konzerthaus eingeladen werden könnten. Er erklärt, das gesamte Gebäude werde um einen „Dritten Ort“ ergänzt. Dies mache das geplante Braunschweiger Konzerthaus zu einem einzigartigen Projekt.

Ratsherr Winckler bittet um Erläuterung des Intendanzmodells und des Mischmodells. Er möchte wissen, welche Unterschiede bestehen, und ob es, im Rahmen des Mischmodells, nicht problematisch sei, wenn mehr als eine Person zuständig sei.

Herr Dr. Scheytt erklärt, das Intendanzmodell sehe eine Person (eine Intendantin oder einen Intendanten) vor, die das Profil bestimme. Das Mischmodell biete den Vorteil eines bunteren Programmes, also z.B. einer Vielfalt von in den Konzerten abgebildeten Musikrichtungen. In diesem Sinne sei das Mischmodell mit einer Doppelgeschäftsführung für das geplante Braunschweiger Haus der Musik vorzuziehen.

Ratsfrau Kaphammel kommentiert, es wäre wünschenswert gewesen, wenn man die Präsentationsfolien vorher gehabt hätte, um sich darauf vorzubereiten. Sie fragt, ob die Form eines „Schuhkartons“ für den Bau eines Konzertsaaes tatsächlich zu empfehlen sei. Des Weiteren fragt sie, wie eine Aufstockung von 1.000 auf 1.200 Plätze umzusetzen sei, und wie es um die Prognose der Wirtschaftlichkeit des „Dritten Ortes“ stehe.

Herr Dr. Scheytt antwortet, das Modell des „Schuhkartons“ sei tatsächlich zu empfehlen. Ein Teil der Plätze könnten hinter dem Orchester platziert werden. Die Lösung für die Aufstockung um 200 Plätze fiel den Architektinnen und Architekten im Wettbewerb zu. Er könne keine Aussage dazu treffen, wie wirtschaftlich der „Dritte Ort“ sei.

Frau Allgeier (StBR 130) fragt, welches Feedback die KULTUREXPERTEN zum künstlerischen Konzept in ihren Gesprächen erhalten hätten.

Herr Dr. Scheytt nennt u.a. sein Gespräch mit Frau Prof. Grün, Rektorin der Hochschule für Musik und Theater in München. Aus den Gesprächen mit Akteurinnen und Akteuren der Musikszene habe er sehr positive Reaktionen zur geplanten Kombination eines Konzerthauses und der Städtischen Musikschule wahrgenommen.

Herr Dr. Eckhardt (Bürgermitglied) bittet um Erläuterung der Organisation und weist darauf hin, dass die Rolle des Leiters der Städtischen Musikschule, Herrn Keding, bisher nicht berücksichtigt wurde.

Herr Dr. Scheytt berichtet, man habe sich natürlich intensiv mit Herrn Keding ausgetauscht.

2.3. Vorstellung des Raumkonzepts für das *Zentrum für Musik* durch die Projektsteuerung Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (mündliche Mitteilung)

Frau Wessling (Geschäftsführerin der SFB) stellt das Raumkonzept für das *Zentrum für Musik* vor. Sie bemerkt einleitend, dass es sich dabei noch nicht um das „Raumprogramm“ handele. Die konkreten Planungen würden im 2. Quartal bzw. nach der Sommerpause in 2025 entschieden.

Frau Prof. Dr. Hesse führt aus, man habe anfangs angenommen, der „Dritte Ort“ benötige ca. 500 m². Im Prozess habe sich herausgestellt, dass sich der „Dritte Ort“ über alles lege und nicht auf 500 m² begrenzt sei.

Ratsherr Glogowski fragt, inwiefern die Akustik im Konzertsaal sich zwischen 1.000 und 1.200 Plätzen unterscheide, und wie diesbezüglich die Empfehlung der Plätze laute.

Frau Wessling antwortet, der Unterschied bei einer Anzahl von 1.000 oder 1.200 Plätzen habe keinen Einfluss auf die Akustik. Bei 1.000 Plätzen ist die Form eines Schuhkartons für den Konzertsaal zu wählen, erst ab 2.000 Plätzen würde die Form eines sog. Weinbergs akustisch in Frage kommen. Entscheidend für die Akustik sei aber vielmehr das Raumvolumen.

1.000 Plätze seien politisch beschlossen und hätten entsprechende Berücksichtigung gefunden; 1.200 Plätze würden jedoch die Wirtschaftlichkeit erhöhen. Die derzeitige Lösung bestehe darin, für einen Chor 200 Plätze vorzusehen; wenn kein Chor auftrete, könnten diese Plätze für Besucherinnen und Besucher genutzt werden.

Ratsherr Glogowski möchte wissen, wie groß die Stadthalle im Vergleich sei. Des Weiteren wünscht er Aufklärung darüber, warum inzwischen von zwei Sälen die Rede sei.

Frau Wessling antwortet, man habe am Anfang damit geplant, den Konzertsaal und den Saal der Städtischen Musikschule räumlich zusammenzulegen. Man habe aber feststellen müssen, dass dies im Sinne der Akustik nicht möglich sei. Der Große Konzertsaal müsse ein in sich

abgeschlossener Saal sein. Der Saal werde festbestuhlt und müsse so gebaut werden, dass er eine bestimmte Höhe, also ein bestimmtes Volumen, zur Personenanzahl hat. Der kleinere Saal der Städtischen Musikschule hat 400 m², 200 m² für die Bühne und 200 m² für das Publikum. Hierbei wurde berücksichtigt, dass das große Orchester der Städtischen Musikschule dort spielen können müsse. Der Saal der Städtischen Musikschule werde nicht festbestuhlt, sodass dieser für die Städtische Musikschule flexibel genutzt werden kann. Zudem soll der Saal zu einer Versammlungsstätte werden, sodass auch hier die Möglichkeit einer flexiblen Nutzung gegeben ist. In der Stadthalle gebe es ca. 2.300 Plätze (bestuhlt). Die gesamte Stadthalle umfasse 22.000 m² Bruttogeschossfläche (BGF).

Ratsherr Winckler bittet darum, dass der Baukörper von außen in einfachen Worten beschrieben wird.

Frau Wessling antwortet, es gebe eine ungefähre Vorstellung des Baukörpers. Jede Architektin und jeder Architekt werde daraus eine eigene Vorstellung entwickeln. Die Gebäudeteile bestünden aus dem Großen Saal des Konzerthauses im Erdgeschoss, einem Backstage-Lager, das mehrgeschossig um den Großen Konzertsaal angedacht sei, sowie die Räume der Städtischen Musikschule mit vielen Unterrichtsräumen etc. Die verschiedenen Gebäudeteile würden übereinandergeschichtet. Über alle Räume werde das Konzept des „Dritten Ortes“ gelegt, so z.B. im Eingangsbereich. Es sei Aufgabe des Architektenwettbewerbs, geschickte Lösungen für das Nebeneinander der Funktionen zu schaffen.

Herr Dr. Eckhardt (Bürgermitglied) fragt nach, ob die beiden geplanten Säle akustisch sauber zu entkoppeln bzw. zu trennen seien. Er kommentiert, die Betriebskosten würden stark von der Anlieferlogistik abhängen.

Frau Wessling bejaht, die beiden Säle würden akustisch getrennt.

Ratsherr Flake kommentiert, die drei vorgestellten Konzepte fügten sich seiner Meinung nach sehr gut zusammen. Er erinnert daran, dass zwei Säle bereits im Grundsatzbeschluss im Rat vom 21.03.23 enthalten gewesen seien. Es sei sinnhaft, den Konzertsaal als eine „Versammlungsstätte“ zu konzipieren. Die Empfehlung der KULTUREXPERTEN, aus Gründen der Wirtschaftlichkeit mit 1.200 Plätzen zu planen, solle Beachtung finden. Er fragt, wie sich der Austausch der SFB und der Stadtplanung gestalte.

Frau Wessling antwortet, SFB und Stadtplanung tauschten sich alle zwei Wochen in einer gemeinsamen Projektgruppe aus. Die SFB stelle den Stadtplanern ihre Planungen vor. Auf der anderen Seite geben die Vertreterinnen und Vertreter der Stadtplanung vor, welche Aspekte aus dem B-Plan-Verfahren unabdingbar seien und einige Meilensteine und Fixpunkte definieren. Man habe sich beispielsweise lange zum Thema Anlieferung ausgetauscht.

Ratsherr Glogowski kritisiert, das Unterfangen habe mit Planungen für den Neubau der Städtischen Musikschule begonnen. Schließlich sei die Rede von einem Probenraum gewesen; inzwischen spreche man von einem eigenen Konzertsaal. Es sei zwar wichtig, dass die Musikschule neue Räumlichkeiten erhalte, es sei aber vor allem wichtig, dass sie überhaupt neu gebaut werde. Er habe Angst davor, dass das Bauvorhaben aufgrund seiner Dimension gar nicht umgesetzt werde. Auch wenn das Konzerthaus nicht gebaut werde, müsse die Städtische Musikschule neu gebaut werden.

Frau Wessling antwortet, man habe das Raumprogramm der Städtischen Musikschule in die Planungen des kombinierten Neubaus einbezogen. Der Betrieb der Musikschule stehe nicht in Frage. Man könne allerdings aus der Planung des kombinierten Neubaus nicht einfach ein Stück herauslösen.

3. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

4. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Nichtöffentlicher Teil:

5. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

Ausschussvorsitzender Böttcher eröffnet den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

6. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

7. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Ausschussvorsitzender Böttcher schließt die Sitzung.

gez. Böttcher
Vorsitz

gez. Prof. Dr. Hesse
Dez. IV

gez. Schultze
Schriftführung